Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

98r. 48	Ansgegeben Danzig, den 31. Juli	1933
Inhalt:	Berordnung über die Erhebung einer freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit Berordnung zur Abänderung des Arbeitnehmerausschußgesetes	337

108

Verordnung

über die Erhebung einer freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit. Bom 29. Juli 1933.

Auf Grund des § 1 Ziffer 52 und 89 in Verbindung mit § 2 Buchstaben b, d und g des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Iuni 1933 (G.VI. S. 273) wird folsgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

§ 1

Zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten, die dem gemeinen Nuten zu dienen bestimmt sind, und zur Behebung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Notskände wird eine öffentliche Spende ausgeschrieben, an der sich

entsprechend seinem Einkommen oder Vermögen freiwillig zu beteiligen, nationale und sittliche Pflicht jedes Danziger Volksgenossen ist.

\$ 2

Freiwillige Spenden zu dem im § 1 bezeichneten Zwed können geleistet werden:

1. durch Zahlung (Barzahlung, Überweisung, Lohn- oder Gehalts-Abtretung),

2. durch Hingabe von Schatzanweisungen der Freien Stadt Danzig oder Schuldverschreibungen der Freien Stadt Danzig und der Stadtgemeinde Danzig.

§ 3

Als Annahmewert der freiwilligen Spende gelten:

1. Bei Zahlung:

der gezahlte Betrag,

2. bei Hingabe von Schakanweisungen oder Schuldverschreibungen: der nach dem letzten Börsenkurs errechnete Wert.

§ 4

Bur Annahme freiwilliger Spenden sind verpflichtet:

a) Sofern die Spenden durch Zahlung geleistet werden: die Steuerkasse, sämtliche Steuerannahmestellen (§ 17 St.Gr.Ges.), die Zollämter, Postanstalten und die öffentlichen Sparkassen einschließlich ihrer Nebenstellen,

b) sofern sie durch Hingabe von Schatzanweisungen oder Schuldverschreibungen geleistet werden: die Bank von Danzig.

§ 5

über jeden als freiwillige Spende hingegebenen Wert erhält der Spender eine Empfangs= bescheinigung (Spendenschein). Der Spendenschein enthält:

a) die Bezeichnung des Spenders,

b) die Angabe des Annahmewertes (§ 3).

Bei Hingabe von Schakanweisungen oder Schuldverschreibungen enthält der Spendensschein auch die Bezeichnung der Schakanweisungen oder Schuldverschreibungen unter Hervorscheibung der üblichen Unterscheidungsmerkmale.

c) den Hinweis, daß der Spender die Spende freiwillig zur Förderung der nationalen Arbeit und zur Behebung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Notskände geleistet hat,

d) die Angabe des Tages, an dem die Spende geleistet wird.

- (1) Der Spender kann den Spendenschein auf eine der beiden folgenden Arten verwenden:
 - 1. Er kann bei Hingabe des Spendenscheins verlangen, daß der Annahmewert (§ 3) der Spende von dem Einkommen desjenigen Jahres abgesetzt wird, in dem die Spende geleistet worden ist.
 - 2. Er kann bei Hingabe des Spendenscheins verlangen, daß in Höhe des Annahmewertes der Spende Steuern der im § 7 bezeichneten Art (ablösungsfähige Steuerschulden) nicht nacherhoben werden.
- (2) Wird ein Spendenschein in der im Absah 1 Ziffer 2 bezeichneten Art verwendet, so treten die folgenden weiteren Wirkungen ein:
 - 1. Zinsen und Verzugszuschläge, die auf abgelöste Steuerschulden (Abs. 1 Ziffer 2) entfallen, werden nicht erhoben.
 - 2. Ist hinsichtlich einer ablösungsfähigen Steuerschuld (§ 7) eine Steuerzuwiderhandlung begangen worden, so tritt dafür Straffreiheit (auch Befreiung von Disziplinarstrafen) ein, wenn der Betrag, in dessen Höhe Steuereinnahmen durch die Steuerzuwiderhandlung verfürzt worden sind, mindestens zur Hälfte abgelöst wird (Absak 1 Ziffer 2). Die Straffreiheit (auch Befreiung von Disziplinarstrafe) kommt allen Personen zugute, die an der Steuerzuwiderhandlung beteiligt waren (3. B. als Mittäter und Gehilfen).

\$ 7

- (1) Steuerschulden des Spenders sind nur insoweit ablösungsfähig, als es sich um zu wenig gezahlte Steuern vom Einkommen, vom Ertrag, vom Bermögen und vom Umsatz handelt, und hinsichtlich dieser Steuern eine Verkürzung von Steuereinnahmen vor dem 1. Juli 1933 eingetreten ist.
- (2) Eine vor dem 1. Juli 1933 eingetretene Verfürzung von Steuereinnahmen liegt vor, wenn ein (schuldhaftes oder nicht schuldhaftes) Verhalten des Spenders (oder einer anderen Person, die für den Spender bei Erfüllung der dem Spender obliegenden steuerlichen Verpflichtungen tätig geworden ist), dazu geführt hat, daß vor dem 1. Juli 1933 die Steuerbehörde den geschuldeten Steuerbetrag nicht oder nicht in voller Höhe angesordert oder einen Erstattungs= oder Vergütungsanspruch zu Unrecht anserkannt, gewährt oder belassen hat.

\$ 8

- (1) Die im § 6 bezeichneten Wirkungen treten nicht ein, wenn die Spende nach dem 31. März
- 1934 geleistet wird.

 (2) Die im § 6 Absat 1 Ziffer 2 und im § 6 Absat 2 bezeichneten Wirkungen treten nicht ein bei Hingabe von Spendenscheinen über solche freiwillige Spenden, die geleistet werden, nachdem dem Steuerpflichtigen oder einer anderen Person, die die Pflichten des Steuerpflichtigen zu erfüllen hat, eröffnet worden ist, daß die Steuerbehörde Kenntnis von der Verkürzung der Steuereinnahmen hat.

8 9

Das Aufkommen an freiwilliger Spende zur Förderung der nationalen Arbeit und Behebung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Notskände wird in einem besonderen Fonds vereinigt, über dessen Berwendung ausschließlich der Senat der Freien Stadt Danzig Bestimmung trifft.

(2) Der Senat ist ermächtigt, in Abweichung von der Vorschrift des § 1 das Aufkommen auch in

anderer Weise zu verwenden.

109

Musquire A.

§ 10

- (1) Diese Berordnung tritt mit dem Tage der Berkündung in Kraft.
- (2) Der Senat wird ermächtigt, zur Durchführung, Ausführung und Ergänzung dieser Verordnung Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

Danzig, den 29. Juli 1933.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Dr. Rauschning Dr. Hoppenrath

Verordnung

zur Abänderung des Arbeitnehmerausschußgesetes. Bom 28. Juli 1933.

Amf Grund des § 1 Ziffer 77 und § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Ini 1933 (G.BI. S. 273) wird folgendes mit Gesetzestraft verordnet:

Artifel I

Das Geseth betreffend Errichtung von Arbeitnehmerausschüssen vom 31. August 1928 (G. VI. 1928 S. 173, 1929 S. 50) in der Fassung der Bekanntmachungen vom 7. Iuli 1931 (G. VI. S. 670) und vom 15. November 1932 (G. VI. S. 761) erhält hinter § 86 folgenden neuen § 86 a:

"§ 86 a

Wenn in einem der in § 61 Abs. 1 aufgeführten Betriebe eine Betriebsvertretung nicht besteht, kann der Arbeitnehmer in den Fällen des § 84 des Arbeitsgerichts binnen einer Frist von längstens drei Wochen nach Kündigung unmittelbar anrusen.

Die §§ 85 und 86 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 gesten entsprechend."

Artifel II

Für Kündigungen, die seit dem 1. Mai 1933 bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgt sind, läuft die in § 86a Abs. 1 vorgesehene Frist von drei Wochen vom Inkrafttreten dieser Versordnung an.

Artifel III

Das Arbeitsgerichtsgeset vom 28. Dezember 1928 (G.BI. 1929, S. 5, 29) in der Fassung der Berordnungen vom 31. März 1931 (G.BI. S. 56), vom 24. April 1931 (G.BI. S. 61), vom 16. Iuni 1931 (G.BI. S. 491), vom 13. September 1932 (G.BI. S. 711) und vom 14. Juli 1933 (G.BI. S. 329) wird in § 2 Ziffer 4 dahin geändert, daß hinter "§ 86" eingefügt wird: "§ 86a".

Artifel IV

Die Berordnung tritt mit der Berkündung in Kraft. Danzig, den 28. Juli 1933.

> Der Senat der Freien Stadt Danzig Dr. Rauschning Dr. Wiercinski-Reiser

RHE

T Tallita TP

Das Gelek beirelichd Ereihung von Ardeihungham vom 31. Augustus 1928 (G.M. 1928 E. 1737 1929 S. 500 in der Fahren der Belancinschwaren von 7. Inli 1931 (G.M. G. 1870) und vom 15. November 1932 (G.M. E. 751) erhält dinter 8. 25. ober derm reum § 26.1: er 27.0) und

Albenn in einem der in § 61 gehf. I ausgeschrien Betriebe eine Betriebsverreibung nicht bes fieht, kann der Arbeitnehmer in den Hällen des § 84 des Prodeitsgerichts binnen einer Frist aus landenen drei Wochen mach Keinbigung annatterbor anunfenze in ansatzeiche Keinbigung annatterbor anunfenze in der Lund Abb. 2 gelten aufgreiches in der Bente Lund Abb. 2 gelten aufgreiches in der Bente kann der Bente der Lund Abb. 2 gelten aufgreiches in der Bente der

executations bie cun of serious City

Für Kündigungen, die seit dem 1. Mai 1933 die zum Intrastiterten dieser Werardung erfolgt lied, leigt die di 9.86a Abs. I vorgeschere Arist von drei Wochen von Intrastiterten biefer Were ordning an drei die die State die die State von die West Wochen von Intrastiterten biefer Were

in position where All 193114335.

Describent on 31: And 1931 (G. Al. (G. Al. (G. Al. 1932) (G. Al. 1933) (G. Al. (G. Al. (G. Al. 1933) (G. Al. (G. (G. (G. (G. (G. (G. (G. (G. (

Die Vergrommy fritt mit der Verfindung in kreft.

eisen Crabionsis in ned tons dre C

name de describera der harioù eltentifist Ar Manne patropala de declaración establista de la companya del companya de la companya de la companya del companya de la companya del la companya del la companya de la companya del la companya de la companya del la companya d

Court product oder befalfen bet

III The im & 3 secretaries distributed with a few mens by Specia and Sen II. The

The plants of a state of the latter transfers of the state of the stat

there is not the dispusion of the Contract of

The Mellolance in fickethight Thenke my degrees of Miller States and Miller States and Miller and Artificial Action and Artificial A

the for General armatetus, is Thursday on her Boulaids her à 1 des Australians and th

A Total Control San Plant for North-State In St.

ter Der Schot web's ermättligt, per Durchführung, Ansthämme und Arpennung biefer Berorb nach Ausbrigenverungen und hilligenische Westandhungenverteiltete in ethalfen.

Transita has 25 Tall 1927

Der Court ber Treien Stabt Dansig

Bererbusky

Mark 20. Gat 1993.